

Antrag des ÖWB
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 27.06.2019

Anreize für Arbeit schaffen - Arbeit muss sich lohnen

Wien, 06.06.2019

Oberstes Ziel der Arbeitsmarktpolitik ist eine rasche Vermittlung von Arbeitssuchenden auf offene Stellen. Dazu gilt es, die passenden Personen möglichst schnell zu den passenden Arbeitsplätzen zu bringen. Derzeit versuchen viele österreichische Betriebe mühevoll Arbeitskräfte zu finden, obwohl Ende April 2019 rund 360.000 Personen arbeitslos oder in Schulungen beim AMS vorgemerkt waren. Es gilt, dieses inländische Arbeitskräftepotential bestmöglich zu heben.

Dieser in Österreich zunehmende Mismatch (regional, qualifikatorisch, nach Branchen) zwischen dem am Arbeitsmarkt arbeitslosen Personen und den offenen Stellen ist ein klares Anzeichen für strukturelle Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt. Konkret: Während im Osten Österreichs viele Personen einen Job suchen, finden Betriebe im Westen keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Noch schlimmer wiegt aber: **Arbeiten lohnt sich für viele Arbeitslose einfach nicht!** Österreich bietet mit dem Arbeitslosengeld und der daran anschließenden Notstandshilfe eine großzügige Unterstützung, und das in der Praxis über einen faktisch unbegrenzten Zeitraum. Das ist gut gemeint, begründet im Ergebnis aber eine **Inaktivitätsfalle**. Durch die Kombination aus Arbeitslosengeld/Notstandshilfe und anderen Unterstützungsleistungen (z.B. Wohnbeihilfe, Heizkostenzuschuss, Gebührenbefreiungen, etc.) ergibt sich damit nämlich eine Summe, die eigenes Arbeiten unattraktiv macht.

Konkret: Für viele Personen ist das tatsächlich verfügbare Einkommen bei Arbeitslosigkeit annähernd gleich, wie wenn sie eine (Vollzeit-)Arbeit annehmen. Der Abstand zu einem offiziellen Erwerbseinkommen ist zu gering oder gar nicht vorhanden. Besonders augenfällig wird dies, wenn neben dem Arbeitslosengeld auch noch geringfügig dazuverdient wird.

Ein Beispiel: Eine Teilzeitbeschäftigte mit 2 Kindern erhält bei einem Bruttolohn von 1000 EUR rund 850 EUR netto. Ihr Arbeitslosengeld beträgt rund 780 EUR – bei einem geringfügigen Zuverdienst von ca. 450 EUR würde sie somit mehr verdienen als zuvor.

Ohne Gegensteuerung besteht die Gefahr, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit weiter zunimmt. Mittlerweile sind rund 52 % der Arbeitslosen Notstandshilfebezieher (Stand 2018). Um dies zu ändern, gilt es die richtigen arbeitsmarktpolitischen Anreize zu schaffen. Die Wirtschaft hat beispielsweise durch den Mindestlohn von 1500 EUR eine Vorleistung für einen „Gehaltssprung“ erbracht.

Darüber hinaus setzen wir uns im Wirtschaftsbund für weitere Positiv-Anreize nach dem **Motto „Arbeit muss sich lohnen“** ein. Dazu gehören insbesondere die Senkung der Lohnnebenkosten, die Abschaffung der Möglichkeit des geringfügigen Zuverdienstes sowie positive Anreize wie Förderung der überregionalen Mobilität, Eingliederungsbeihilfen oder Kombilohnmodellen.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten den nachstehenden

ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich möge an die zuständigen Stellen herantreten und diese dazu auffordern, Anreize nach dem Motto „Arbeit muss sich lohnen“ zu schaffen, insbesondere durch

- Senkung der Lohnnebenkosten,
- Abschaffung der Möglichkeit des geringfügigen Zuverdienstes
- positive Anreize wie Förderung der überregionalen Mobilität, Eingliederungsbeihilfen oder Kombilohnmodellen.



Manfred Rosenstatter
Präsident, WK S



Christoph Walser
Präsident, WK T



Ing. Josef Herk
Präsident, WK ST